

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 24, 27. November 2003

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10597 Berlin
Tel./Fax: 030 3611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto.-Nr.: 0570017787

Einblicke

Recht für Rechte

Von Helmut Lölhöfel

Wieder ein schockierender Auftritt extremer Rechter. Diesmal in Halbe, einem kleinen Ort mit einem riesigen Soldatenfriedhof, wo Demonstrationen dieser Art in den vergangenen Jahren verboten worden waren. Die Justiz, so scheint es, weicht zurück. Immerhin, die Polizei sammelte penibel alles ein, was in die Nähe verbotener Symbole zur Verherrlichung des NS-Regimes kam, verbot Fackeln, Trommeln, Springerstiefel und sogar den Gleichschritt. Wagner-Musik war nicht zu untersagen.

Kaum war der widerliche Spuk von Halbe vorbei, griffen brandenburgische Politiker eine Forderung auf: Ändert das Versammlungsrecht! So ekelhaft der Anblick dieser tumben Marschierer ist, so unerträglich die Fotos und Fernsehbilder jedes Mal sind – wir sollten diesen Ratschlägen trotzdem nicht folgen. Das Recht, sich friedlich ohne Waffen zu versammeln, ist so herausragend, dass mit ihm nicht je nach aktuellem Bedarf herumgespielt werden darf.

Wenn sich die Konferenz der Innenminister auf eine Formulierung verständigen könnte, die rechtsextreme Aufzüge an bestimmten Orten, also am Brandenburger Tor oder an der Feldherrenhalle, vor einem Konzentrationslager oder am Holocaust-Mahnmal, verbotsfähig macht, ohne die Grundrechte auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit zu entstellen, könnten wir darüber streiten. Aber es gibt einen solchen Vorschlag bisher nicht. Und es wird auch keiner zu finden sein. Es gibt nur unverbindliches Gerede derer, die gerade schockiert sind.

Also: Lasst es sein, so unseriös daherzuplappern! Die Gerichte können verbieten, wenn sie nur wollen. Die Polizei kann Marschwege und Kundgebungsorte ausschließen. Die Gesetze und Vorschriften sind da, sie müssen nur klug und strikt und scharf angewendet werden. Die Nazi-Märsche müssen wir ertragen, wenn wir Freiheitsrechte behalten wollen.

Waffen-SS als Vorbild

Das SS-Ehrenmal in der Taunusgemeinde Marienfels hat große Anziehungskraft auf Alt- und Neonazis.

Seite 3 ■

Satanistischer Neonazi

Wegen Mordes verurteilter norwegischer Black Metal-Musiker sitzt nach seiner Flucht wieder im Gefängnis.

Seite 6 ■

Rechtsausleger

Hinter dem Solidaritätsappell für Martin Hohmann stecken auch CDU-Mitglieder mit Verbindungen zur „Jungen Freiheit“.

Seite 8 ■

45 Jahre Ludwigsburg

Die Zentrale Stelle kann auf eine stolze Bilanz zur Aufklärung von NS-Verbrechen verweisen.

Seite 11 ■

Grausamer Vollstrecker

Heribert Schwan und Helgard Heindrichs haben ein Buch über den Massenmörder und SS-Mann Josef Blösche verfasst.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Schutz mit Degussa**

Das Mahnmal wird weitergebaut. Das ist gut. Degussa bleibt im Geschäft. Das ist alles andere als gut, aber es ist unausweichlich. Eine andere Entscheidung des Kuratoriums hätte wahrscheinlich das Aus für das gesamte Vorhaben bedeutet. Es wäre unausweichlich zu einer Debatte darüber gekommen, ob das bereits verwendete Degussa-Material ausgetauscht werden müsse oder Bestandteil etwa der Betonstelen bleiben dürfe. Der Bundestag hätte erneut abstimmen müssen, weil alles viel teurer geworden wäre. Die Mitte Berlins hätte eine Bauruine geschmückt, die von niemandem entsorgt worden wäre. Der Grund: Man hätte eingestehen müssen, dass das Mahnmal nicht gebaut wird.

Viele Überlebende werden unter dem Beschluss leiden, das Mahnmal nicht besuchen. Für sie stinkt es dort unerträglich bitter – so bitter wie das Blausäuregas Zyklon B in Auschwitz und anderswo gestunken hat. Für sie sollten wir Verständnis haben. Doch so mitleidlos es klingen mag – für die Opfer wird das Mahnmal nicht gebaut, sondern für die Nachkommen der Täter. Sie sollen dorthin gehen.

Wer nun einwendet, nicht nur Degussa sei Teil des NS-Mordregimes gewesen, der hat zwar Recht. Die Reichsbahn hat die Opfer transportiert, Thyssen hat Schienen geliefert undso weiter. Aber nur die Degussatochter Degesch hat das Gift geliefert. Darin liegt der Unterschied schlechthin. Die jüngste Diskussion war gewiss nicht die letzte um das Mahnmal. Jetzt sollte zügig weitergebaut werden, damit das Mahnmal wie geplant zum 60. Jahrestag der Befreiung im Mai 2005 uns allen übergeben werden kann. Unbeschmiert – dank Degussa und der Mehrheitsentscheidung des Kuratoriums. Was danach kommt, weiß niemand. Werden Gangster Nazizeichen auf die Stelen schmieren? Soll das Mahnmal etwa rund um die Uhr bewacht werden? Es ist schlimm genug, dass Synagogen geschützt werden müssen. Gut wäre eine Bürgerinitiative, die Verantwortung für die Stätte übernimmt und bei Bedarf besudelte Stellen säubert. Dass dies möglich sein wird, dafür sorgt Degussa mit dem Schädlingbekämpfungsmittel Zyklon B Engagement gegen das Vergessen – verbunden mit der Bitte an die Überlebenden, denen nicht zu zürnen, die für das Mahnmal mit Degussa sind. *Heiner Lichtenstein*

Aktivitäten**„Ruhm und Ehre“****Rechtsextreme demonstrieren in Halbe.**

Der Volkstrauertag scheint sich vermehrt zu einem weiteren Aktionstag für Rechte jeglicher Couleur zu entwickeln. So beteiligten sich am 15. November in der südlich von Berlin gelegenen brandenburgischen Kleinstadt Halbe rund 700 Neonazis an einer von Christian Worch angemeldeten Demonstration. Nach einer circa einstündigen Kundgebung zogen die Rechtsextremen durch den Ort. Fackeln und Trommeln waren ihnen gerichtlich ebenso verboten worden, wie das Betreten des Friedhofs. Die Polizei beschlagnahmte bei den Neonazis einige T-Shirts mit verdeckten SS-Runen und dem Slogan „Nationaler Widerstand“.

Der Waldfriedhof von Halbe gilt als größte Grabstätte für deutsche Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg. Hier liegen nach vorsichtigen Schätzungen zwischen 26 000 und 28 000 Tote, die bei der Kesselschlacht von Halbe im April 1945 gefallen waren. Schon in den letzten Jahren der DDR gruben damals noch illegale Aktivisten rechter Gruppierungen in den Wäldern rund um Halbe nach Waffen und anderen Wehrmachtsutensilien. In den Jahren 1990 und 1991 waren dort am Volkstrauertag bis zu 1000 Aktivisten aus dem gesamten Nazispektrum teilweise uniformiert und mit Fackeln über den Friedhof marschiert. Nach Protesten und einer kritischen Presseberichterstattung auch im Ausland wurden die Aufmärsche dann bis einschließlich 2001 verboten.

Erst im vergangenen Jahr konnten die Rechten wieder aufmarschieren und an aktuelle Debatten anknüpfen. So prangte auf dem Leittransparent das Motto: „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht, ihren Verbündeten und Freiwilligen. Treu dem Volk gedient – habt ihr Reemtsma nicht verdient“. Damit zogen die Neonazis direkte Parallelen zu der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die zur Zeit bundesweit durch Protestaktionen des gesamten rechten Spektrums begleitet wird. Etwa 350 Antifaschisten protestierten gegen den rechtsextremen Aufmarsch am Volkstrauertag und ehrten die auf dem Friedhof von Halbe begrabenen Wehrmachtsdeserteure, Zwangsarbeiter und Rotarmisten. Auch ihnen wurden das Betreten des Friedhofsgeländes gerichtlich verboten. *Peter Nowak*

Aktivitäten

„Heldengedenken“

Alt- und Neonazis marschierten am SS-Ehrenmal in Marienfels auf. Die Taunusgemeinde will keine „Pilgerstätte“ für Rechtsextremisten sein.

Totenehrung neben dem Marienfelder Friedhof. 250 Neonazis haben sich auf der Wiese im Rechteck aufgebaut, vorne am Lautsprecherwagen ihre Vorbilder: Alt-SS'ler, die ungebrochen zu ihrer Vergangenheit stehen. Sepp Biber, der sich als knapp 17-Jähriger freiwillig zur SS-Division „Hitlerjugend“ meldete und nach dem Krieg bei der Wiking-Jugend braunen Nachwuchs rekrutierte, ist einer von ihnen. Vom „Endkampf für unser geliebtes Deutschland“ schwadroniert er, erzählt dem mit leuchtenden Augen lauschenden Jungvolk von den „ungeheuren Leistungen“ der SS-Divisionen. Der Hamburger Thomas Wulff, der an diesem 22. November beim Aufmarsch der Alt- und Neonazis in Marienfels Regie führt, leitet auch das Heldengedenken. „Ich rufe die Toten der Waffen-SS und unserer europäischen Verbündeten“, spricht er ins Mikrofon und erntet ein 250-faches: „Hier!“ „Ich hatt' einen Kameraden“, singen die Alten und die Jungen, dann noch die erste Strophe des Deutschlandlieds, ehe sie abziehen und sich Ruhe über das 370-Einwohner-Dörfchen im Westtaunus senkt.

Den Friedhof dürfen sie an diesem Samstag nicht betreten. Dort befindet sich seit jetzt 32 Jahren das Objekt alt- und neonazistischer Begierde. 1971 hatte der Gemeinderat von Marienfels dem „Kameradschaftsverband der Soldaten des 1. Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS e.V.“ grünes Licht für den Bau des wuchtigen Ehrenmals gegeben. Dort steht es nun seit mehr als drei Jahrzehnten etwas oberhalb jenes Denkmals, das die Gemeinde für die Toten des Ersten und des Zweiten Weltkriegs gebaut hat. Alljährlich rückten zum – je nach Geschmack – Volkstrauertag oder Heldengedenktage die alten Kameraden am SS-Ehrenmal an, um das auszudrücken, was oben auf dem Gedenkstein steht: „Treue um Treue“. Doch es kamen nicht nur die Alten und deren Familienangehörige, berichtet Bürgermeister Axel Harlos. Vor allem in den letzten drei, vier Jahren, sagt er, kamen auch Jüngere, und es seien nicht nur Söhne oder Enkel der Alten gewesen. Marienfels wollte nicht zur „Pilgerstätte“ für Neonazis werden, und so ver-

langte die Gemeinde nach Ablauf des auf 30 Jahre geschlossenen Pachtvertrages, die Feierlichkeiten des Kameradschaftsverbandes auf deren Mitglieder und Familienangehörige zu beschränken – oder das SS-Ehrenmal abzureißen.

Der Kameradschaftsverband mochte aber auf seine Gäste nicht verzichten. „Am Volkstrauertag hat doch wohl jeder Deutsche das Recht, an den Gedenkveranstaltungen teilzunehmen“, erklärte der Vorsitzende Claus Cordsen in einem Interview der „Jungen Freiheit“ – und unterschlug, dass es in Marienfels eine Gedenkveranstaltung von Gemeinde und Kirche gibt, an der jeder teilnehmen kann, ohne sogleich ein Bekenntnis zu SS-Einheiten abzugeben. Für eine breite Ratsmehrheit blieb damit nur die Forderung, das Ehrenmal zu entfernen.

Bei der „Jungen Freiheit“ fanden die alten Kameraden Fürsprecher. Unter Überschriften wie „Dem Vergessen preisgeben“ und „Zum Abschuss frei“ startete das Blatt im September eine Kampagne für das Denkmal und gegen Bürgermeister Harlos sowie den evangelischen Pfarrer Mathias Moos. Im Oktober stimmte auch die Hardcore-Fraktion der Rechtsextremisten ein. „Wir können es nicht widerstandslos hinnehmen, dass das Heldengedenken der Waffen-SS verboten und das Ehrenmal zerstört wird“, meinte das Aktionsbüro Nord, das zu der Demonstration am 22. November einlud. Der Neonazi Ralph Tegethoff, Autor eines im Deutsche-Stimme-Verlag erschienenen Buches über Otto Ernst Remer, rief bei einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Dortmund zu dem Aufmarsch in Marienfels auf. Konterfeis von Harlos und Moos fanden sich im Internet. Und im Ort verteilten Rechtsextreme Flugblätter mit der Aufforderung: „Harlos muss weg!“

Der konnte jetzt bei der Demonstration, zu der das „Ehrenkomitee 8. Mai“, NPD'ler und „Freie Kameradschaften“ geladen hatten, hören, was Neonazis den „vaterlandslosen Gesellen im Marienfelder Gemeinderat“, so Timo Pradel, Vize der NPD in NRW, im Grunde ihres Herzens wünschen: „Wer in einem anderen Land etwas Derartiges fördern würde, würde unweigerlich und zu Recht am nächsten Baum oder an der nächsten Laterne aufgehängt.“ Und deutlich wurde, welcher Gesinnung die Leute sind, die das Denkmal nach Marienfels lockt. „In Deutschland gab es den nationalen Sozialismus“, rief Altnazi Otto Riehs, das Ritterkreuz stolz am Hals tragend, seinen Zuhörern zu, „und den befürworte ich heute noch.“ *Tomas Sager*

Aktivitäten**„Landesverräter“****Stadt Köln ehrt die „Edelweißpiraten“.**

Für Jürgen Roters, Regierungspräsident in Köln, waren es Widerstandskämpfer: die Jugendlichen, die sich Ende der 30er, Anfang der 40er Jahre als „Edelweißpiraten“ dem NS-Regime widersetzen. Es sei ihnen darum gegangen, ein deutliches Signal gegen dieses Regime zu setzen, sagte Roters dem Kölner „Express“. Deutsche Behörden haben das nach dem Krieg anders gesehen. Für sie waren die Edelweißpiraten in erster Linie „Kriminelle“. Widerstandskämpfer durften offenbar nur die sein, die mit einem ausformulierten politischen Programm daherkamen. Roters hingegen meint: „Auch Menschen, denen die Kompetenz, politische Ziele zu formulieren, aufgrund ihrer proletarischen Herkunft oder ihrer eingeschränkten Artikulationsmöglichkeiten abgesprochen wurde, haben Widerstand geleistet.“ Am 9. November enthüllte er in Köln am Bahndamm Venloer Straße, wo die Nazis fast auf den Tag genau vor 59 Jahren 13 der Edelweißpiraten erhängt hatten, eine Gedenktafel.

Unweit der feierlichen Zeremonie versammelten sich jene, für die die Edelweißpiraten heute noch Terroristen oder Landesverräter sind. Neonazis hatten wenige Tage vorher eine Kundgebung gegen die „verräterische Einweihung“ angemeldet. Als Redner traten neben anderen der Würzburger Hartmut Wostupatsch sowie die Kölner Mitglieder des Kampfbundes Deutscher Sozialisten, Axel Reitz und Paul Breuer, auf. In den im Internet verbreiteten Aufrufen zu der Kundgebung war unkommentiert aus einem Lagebericht des Kölner Generalstaatsanwaltes vom 30. Januar 1945 zitiert worden, der über die „Großbande“ schwadroniert, die unter anderem fünf „5 politische Leiter, 1 SA-Mann, 1 HJ-Angehörigen, 6 Polizeibeamte, darunter der Leiter der Staatspolizeistelle Köln und zwei weitere Beamte der geheimen Staatspolizei“ umgebracht habe. Es habe sich um einen Verein von Jugendlichen gehandelt, „der in den Jahren 1944/45 das trieb, was man in allen Ländern der Welt – außer der Bundesrepublik – als Landesverrat bezeichnet“, war im Störtebeker-Netz zu lesen. Und in krudem Deutsch heißt es dort weiter: „Wer aber Terroristen so offen Denkmale setzt, der muss sich nicht wundern eines schönen Tages selber durch eine Welle Terrors außer Gefecht gesetzt wird.“ T.S.

Aktivitäten**Führungsanspruch****Aktive neonazistische Szene in Halle.**

„Deutsche Jugend – heraus auf die Straße am 29. November für die Ehre unserer Großväter!!!! Deines Volkes Ehre ist auch Deine“. Unter diesem Motto wollen Neonazis in Halle gegen die dort zur Zeit gastierende Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht demonstrieren. Halle ist die vorletzte Station der Ausstellung. Danach wird die Ausstellung nur noch in Hamburg gezeigt. Überall, wo die Ausstellung zu sehen war, gab es rechte Gegenaktionen. Von den Rechten wird den Aktionen in Halle ein besonderer Stellenwert zugeschrieben.

Am 17. November vergangenen Jahres nahmen etwa 200 Neonazis aus Niedersachsen und verschiedenen Regionen Sachsen-Anhalts an der von der Stadt Halle organisierten Gedenkfeier zum Volkstrauertag am Gertraudenfriedhof teil. Die Neonazis präsentierten Gebinde zu Ehren von Einheiten der Waffen-SS und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Wir sind ein Volk des Geistes, aber mit einer eisernen Faust“. Am 1. Mai dieses Jahres demonstrierten in Halle 1000 bis 1200 Neonazis aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze“.

Auch im Internet zeigen die Rechten Präsenz. Dort präsentiert sich seit einigen Wochen ein „Nationaler Beobachter Halle – Merseburg“. Die Seite ist unter anderem mit einer Initiative „Nationale gegen Kinderschänder“, dem Mitteldeutschen Gesprächskreis und der esoterischen Gruppe O.D.A.L. – Organisation dianoetisch-alternativer Lebensauffassung vernetzt. Die Betreiber des Nationalen Beobachters widmen sich besonders der Anti-Antifa-Arbeit. So sind auf einer Seite antifaschistische Homepages aufgeführt. Eine eigene Spalte dokumentiert aus dem Netz genommene linke Internetseiten, die mit dem Vermerk „erledigt“ oder „abgeschaltet“ versehen sind. Mit der von der Tarnorganisation „Jugendinitiative gegen das Vergessen“ angemeldeten Demonstration gegen die Wehrmachtschau wollen die Freien Kameradschaften ein weiteres Mal ihren innerrechten Führungsanspruch dokumentieren. Dabei wird offen mit antisemitischen Stereotypen gearbeitet, die Ausstellung als Teil der „Holocaust-Industrie“ bezeichnet. Peter Nowak

Aktivitäten**„Schreibtischtäter“**

Der Herausgeber des antisemitischen Blättchens „Das Herrenhaupt“ wurde wegen Volksverhetzung verurteilt.

Gedacht war die Sendung nicht für die Dresdner Staatsanwaltschaft, sondern für den in der Justizvollzugsanstalt einsitzenden Hammerskin und ehemaligen rechten Musikproduzenten Mirko Hesse. Dennis Keller wollte den mittlerweile als VS-Spitzel enttarnten Hesse mit seiner Druckschrift „Das Herrenhaupt“ vertraut machen. Die Bezeichnung „Herrenhaupt“ ist Guido von List, der sich als Priester der Arier und eine weltweite jüdische Verschwörung am Werk sah, entlehnt. Auf sein Werk bezogen sich immer wieder rassereine Antisemiten wie das SS-„Ahnenerbe“, zumal von List als Zeichen für das neue Staatswesen die zweifache Sig-rune empfahl. Auch auf dem Brief Kellers in die JVA konnte man das Doppel-S in Hesse so lesen.

Für das erstmals 2001 in Halle erschienene Blatt „Herrenhaupt“ war der 1975 geborene Keller zuletzt alleine zuständig. Die erste Ausgabe war noch mit der Unterstützung von Sven Schwarz („Blood&Honour“, „Die Tat“) erschienen. Keller besorgte die Erstellung, das Kopieren und Versenden. Er schrieb einen Großteil der Texte, so unter den Pseudonymen „Grim Greißwolf“, „IM-S“, „Udal“ oder „Urd“. Daneben finden sich in dem Blatt Interviews mit Horst Mahler oder Jürgen Schwab und ein Gastbeitrag von Christian Worch.

„Ich bezeichne mich nicht als rechts oder rechts-extrem“, meinte Keller vor der Dresdner Staats-schutzkammer, wo gegen ihn Ende Oktober wegen Volksverhetzung in mehreren Fällen verhandelt wurde. „Ich denke nicht in solchen Kategorien.“ Die Hitler-Büste auf seinem Schreibtisch habe nichts weiter zu bedeuten. Er konnte sie doch nicht einfach „wegschmeißen, nur weil sie derzeit nicht in den gesellschaftlichen Kontext passt.“ Auch sein Auftreten in der hiesigen Neonazi-Szene, so bei der Demonstration für den inzwischen geschlossenen „Klub Thor“ in Dresden im Februar 2003, hätte so betrachtet keinen rechten Hintergrund.

Das Gericht bestätigte dem Herausgeber und seiner Schrift ein anderes Niveau als die üblicherweise zu verhandelnde Klientel. Durchaus unterscheidet

sich aber „Das Herrenhaupt“ durch eine eher schwülstige Ausdrucksweise über „völkisch-kulturelle Unterschiede“, Brauch- und Germanentum von den gängigen Fanzines. Sprachlich ist das meiste eher minderer Qualität. Ob Beiträge über die „Reichswasserleiche“ Kristina Söderbom oder die Neue Synagoge in Dresden. Mangelnde Orthographie wird durch Metapherschwaden kaschiert: „Die Zeit erwacht vielleicht zur Größe, der Mensch bleibt, wie immer, klein. (...) Alle Jugend scheint hinweg bolschewisiert, der übrig gebliebene Gallert zuckt und schickt sich an, die Altare deutscher Ritterlichkeit (...)“ undsoweiter.

■ Nachruf auf einen SS-Mann ■

Die Justiz in Dresden sah in mehreren Fällen das Einschreiten gegen das bereits im Jahr 2001 in den Verfassungsschutzberichten des Bundesinnenministeriums und des Landes Sachsen-Anhalt erwähnte „Herrenhaupt“ und dessen Herausgeber für erforderlich an. So auch wegen des Nachrufs – „Unser lieber Freund Teja“ – auf den SS-Mann F.W. Schimpff: „Seine Ehre hieß Treue!“ Oder wegen des Textes über den „schrecklichsten Holocaust der Menschheitsgeschichte, der Endlösung der Neandertaler durch den Homo sapiens“. Andere angeklagte Sachverhalte wie weite Teile des abgedruckten Textes des Deutschen Kollegs zum 11. September blieben allerdings unbeanstandet.

Während die Staatsanwaltschaft den „Schreibtischtäter“ als antisemitisch einschätzte, räumte auch Verteidiger Carsten Schrank ein, sein Mandant habe die juristische Schwelle überschritten. Die Anklage folgte der Anregung Schranks, gegen die Zahlung von 90 Tagessätzen á 5 Euro Rechtsfrieden einkehren zu lassen. Mit den Worten „Das ist wenig“ stimmte die Staatsschutzkammer zu.

Lukas Kilian

Berlin – Der Prozess gegen die rechtsextreme Rockband „Landser“ neigt sich dem Ende zu. Der Strafsenat wolle am Dienstag vor Heiligabend das Urteil verkünden, teilte der Vorsitzende Richter, Wolfgang Weißbrodt, am 18. November im Berliner Kammergericht mit. Die Vorwürfe der Bundesanwaltschaft lauten im wesentlichen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung. Der Prozess vor dem Berliner Kammergericht hatte Ende Juni dieses Jahres begonnen. „Landser“ gilt in der extrem rechten Szene als Kultband.F.J.

Ausland**„Graf Grishnackh“**

Aus der Haft entflohener satanistischer Neonazi und Mörder wieder gefasst.

Der norwegische Neonazi Christian Varg Vikernes, besser bekannt als „Graf Grishnackh“, Mastermind der Ein-Mann Black Metal-Band „Burzum“ und verurteilter Mörder, wurde Ende Oktober von der Polizei verhaftet. Er war von einem Wochenendausgang nicht wieder in die Haftanstalt zurückgekehrt.

Vikernes war 1994 zu der in Norwegen möglichen Höchststrafe von 21 Jahren Gefängnis verurteilt worden, nachdem er des Mordes an dem Black Metal-Musiker „Euronymous“ (eigentlich: Øystein Aarseth) und der Brandstiftung auf drei Kirchen für schuldig befunden worden war. Am Morgen des 10. August 1993 hatten Nachbarn „Euronymous“ tot aufgefunden – mit 23 Einstichwunden, 16 davon im Rücken und sieben in Hals und Kopf.

Über die möglichen Motive für den Mord an dem Sänger und Kopf der Black Metal-Band „Mayhem“ kursieren verschiedene Versionen: Einige berichten, dass zwischen Vikernes und „Euronymous“ ein Streit um die Führungsposition in dem von ihnen initiierten satanischen Kreis „The Black Circle“ entbrannt war. Andere vermuten, dass die Veröffentlichung einer neuen „Burzum“-Platte auf Aarseth's Label „Death like Silence Records“ der Ausgangspunkt des Konfliktes war. Vikernes selbst erklärte, er hätte Aarseth wegen dessen angeblich fehlender politischer Eignung und dessen Homosexualität getötet, da er damit im Selbstverständnis der NS-Black Metal-Szene als „widernatürlich“ zu betrachten sei.

Nach der Verhaftung fand die Polizei in Vikernes Wohnung über 100 Kilogramm Sprengstoff, die für die Sprengung der Nidarosdomen-Kirche gedacht waren. Außerdem entdeckten die Ermittler Hinweise auf seine Beteiligung an Brandstiftungen an mehreren Kirchen und Grabschändungen. Vikernes avancierte daraufhin zum Kult-Star des Black Metal – die Szene-Magazine rissen sich um Interviews mit ihm. Für viele Bands war Vikernes allerdings zu weit gegangen, er wurde als Nazi oder Spinner abgestempelt. Aber vor allem bei seinen jugendlichen Fans wurde er zum Helden, denn Vi-

kernes hatte bewiesen, dass er bereit war, seine Worte in Taten umzusetzen.

Seine politischen Aktivitäten hat der 30-jährige Christian Varg Vikernes in der von ihm begründeten „Norsk Hedensk Front“ entfaltet, die die norwegische Sektion des ebenfalls von ihm initiierten internationalen neonazistischen Netzwerkes der „Allgermanischen Heidnischen Front“ (ADF) bildet. Vikernes war auch Vorbild für Hendrik Möbus, rechtsextremer Satanismus-Anhänger aus Sondershausen, Thüringen, der zusammen mit anderen im April 1993 den Schulkameraden Sandro Beyer mit satanistischen Praktiken zu Tode quälte, weil dieser ein „lebensunwertes Geschöpf“ sei. Seine Aktivitäten setzte Möbus unmittelbar nach Abbüßen der Zweidrittel-Jugendstrafe fort, gründete den Musikversand „Darker Than Black“ in Erfurt und machte sich zum Chef einer „Deutschen Heidnischen Front“, welche über die Erfurter Adresse seines Musikversandes erreichbar ist.

■ Kultstar der Black-Metal-Szene ■

Vikernes war unbemerkt von der Öffentlichkeit, und für viele Beobachter unfassbar, in den offenen Strafvollzug der Strafanstalt Toensberg verlegt worden. Dort hatte er dann am Samstag, den 25. Oktober von 7.00 Uhr morgens bis mitternachts Freigang. Nachdem der verurteilte Mörder in der Nacht zum Sonntag nicht zurückgekehrt war, veranlasste die Polizei eine Suchaktion. Am selben Nachmittag hielt Vikernes das Auto einer Familie im Landkreis Buskerud an, um sich mit vorgehaltener Waffe des Fahrzeugs zu bemächtigen. Das Auto wurde am gleichen Tag von einer Zivilstreife entdeckt und es entwickelte sich eine Verfolgungsjagd mit der Polizei nördlich der norwegischen Hauptstadt Oslo, die ihn letztendlich festsetzen konnte.

Bei seiner Festnahme soll „Graf Grishnackh“ Presseberichten zufolge militärische Tarnkleidung getragen haben und schwer bewaffnet gewesen sein mit Messern und einem automatischen Gewehr vom Typ AG3 sein. Sichergestellt wurden bei ihm ebenso eine Gasmaske, Mobiltelefone, ein GPS-Empfänger sowie Karten und ein Kompass. Die norwegische Polizei geht nun davon aus, dass die Flucht von langer Hand geplant worden war und sucht nach Hintermännern, die Vikernes derartig ausgestattet haben. Nun drohen dem 30-jährigen Neonazi eine erhebliche Haftverschärfung und zusätzliche Anklagen.

Thomas Grumke

Ausland

„Weiße Wölfe“

Aggressive Skinheads im Visier des FBI.

Schon seit geraumer Zeit kursieren in den Gemeinden des US-amerikanischen Bundesstaates Connecticut Berichte über die „White Wolves“ (Weiße Wölfe), einer selbst ernannten „nationalistischen Skinhead-Organisation“, die sich der Bewahrung der „heiligen, weißen Rasse“ verschrieben hat und in den letzten Monaten mehrfach durch gewalttätige Aktionen aufgefallen ist. Bekannt wurde die Gruppe vor allem durch die Störung eines Treffens der Homosexuellen Gemeinde-Organisation in der Bibliothek von Stratford, bei der im vergangenen Mai mehrere Personen verhaftet wurden. Rassistisch motivierte Angriffe auf andere Teenager gehören nach den Angaben lokaler Behörden ebenso zum Repertoire der Aktivisten wie das Zurschaustellen von Nazi-Symbolen oder antisemitischen Parolen.

Der White Wolves-Website zufolge (diese war auf dem Server des Gratisanbieters Freeweb zu finden, wurde mittlerweile aber aus dem Netz genommen) wurde die Gruppe am 20. April dieses Jahres, in Erinnerung an den Geburtstag Adolf Hitlers, gegründet. Der harte Kern der Gruppe besteht aus kaum mehr als einer Hand voll, durchweg jugendlicher Mitglieder um den 22-jährigen Anführer Kenneth Zrallack. Außer dessen jüngerem Bruder, der durch die Imitation des Hitlergrußes auf dem Foto für das Jahrbuch seiner High School bereits in unrühmliche Erscheinung trat, sind sie den Ermittlungsbehörden weitgehend unbekannt. Das aggressive Verhalten der Gruppe hat mittlerweile das FBI auf die White Wolves aufmerksam werden lassen, denen auch Verbindungen zu anderen „white supremacy“-Organisationen wie der National Alliance oder White Revolution nachgesagt werden.

Offensichtliches Vorbild der amerikanischen Neonazis ist eine rechtsextreme Gruppierung gleichen Namens aus Großbritannien, einer Splittergruppe der Organisation „Combat 18“. Beide Gruppen gelten als extrem gewaltbereit und werden mit der Serie von Bombenanschlägen in London im Sommer 1999 in Verbindung gebracht. Erklärtes Ziel der britischen Wölfe war es damals, einen Rassenkrieg zu entfesseln und die britische Insel von Immigranten zu befreien.

Michael Funk

Ausland

Vorwurf erhärtet

Ex-Gefolgsmann belastet Matt Hale.

Der Pontifex Maximus der ehemaligen World Church of the Creator (WCOTC), Matt Hale, war nicht selbst zugegen als die Bundesrichterin Joan Humphrey Lefkow am 24. Oktober eine empfindliche Geldstrafe von 200 000 US-Dollar gegen Hale und acht weitere WCOTC-Anhänger verhängte. Die Rechtsanwälte der TE-TA-MA Truth Foundation aus Oregon, die einen Rechtsstreit um den von ihr eingetragenen Namen „Church of the Creator“ gegen die WCOTC gewann, hatten beanstandet, dass trotz des rechtskräftigen Urteils weiterhin von Hale und anderen Vertretern der ehemaligen WCOTC Gebrauch von dem Namen „Church of the Creator“ gemacht würde.

Unterdessen droht Matt Hale weiteres Ungemach. In dem ursprünglich für den 3. November in Chicago angesetzten Prozess gegen ihn wegen des angeblich geplanten Mordes an der Richterin Lefkow sollten nun nicht nur der ehemalige Chef der WCOTC-Sicherheitstruppe „White Baretts“, Tony Evola, gegen Hale aussagen, sondern auch dessen einstiger Vertrauter Jon Fox. Während Evola sich als FBI-Agent in Hale's unmittelbare Nähe geschleust und hunderte von Stunden Konversation auf Tonband aufgenommen hatte, wandte sich Fox erst vor kurzer Zeit von Hale ab. Fox behauptet nun, dass Hale nicht nur Evola, sondern auch ihn zur Ermordung der unliebsamen Richterin aufgefordert habe. Ebenso wäre davon gesprochen worden, die Anwälte der TE-TA-MA Truth Foundation zu liquidieren und deren Kirche abzubrennen. Erhebliche Schwierigkeiten dürften sich für Hale auch aus Fox' Schilderungen ergeben, Hale hätte im Jahre 1999 Anzeichen für den Amoklauf seines Anhängers Benjamin Smith gehabt, diesen aber nicht verhindert.

Hale's Verteidiger erwirkten jetzt eine Verschiebung des Verfahrens auf den 5. April 2004, um genug Zeit für die Überarbeitung der Verteidigungsstrategie zu haben. Ein Antrag, Hale auf Kautions freien Fuß zu setzen, wurde jedoch vom Gericht abgelehnt. Sollten die Aussagen von Fox das Gericht überzeugen, muss sich Matt Hale, der unter den neuen Terrorgesetzen angeklagt wird, auf eine längere Haftstrafe gefasst machen. Thomas Grumke

Grauzone

Solidarität zeigen

Der Rauswurf Martin Hohmanns aus der Unions-Bundestagsfraktion hat zahlreiche Unterstützer vom rechten Rand der Union auf den Plan gerufen.

In einer TED-Umfrage, die die „Fuldaer Zeitung“ durchführte, sprachen sich von mehr als 5000 Leserinnen und Lesern 88,25 Prozent für den Verbleib Martin Hohmanns in der Bundestagsfraktion aus. Die CDU in Herbstein im Vogelsberg beschloss einstimmig eine Resolution gegen den geplanten Parteiausschluss von Hohmann. Scharf verurteilt wurde der Hohmann-Rauswurf aus der CDU/CSU-Fraktion von den hessischen Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer, Unterzeichner des „Junge Freiheit“-„Appells für Pressefreiheit“, und Clemens Reif.

Bei einer Repräsentativ-Umfrage von Infratest dimap im Auftrag des ARD-Magazins „Panorama“ meinten 49 Prozent der befragten CDU-Wähler/-innen und -Anhänger/-innen, Aussagen wie sie Hohmann gemacht habe, müssten heute möglich sein. Solidarität mit Martin Hohmann zeigen Unionsmitglieder in Anrufen, E-Mails, Briefen an die Parteiführung.

Mit einem „Appell an Angela Merkel und Edmund Stoiber: Kritische Solidarität mit Martin Hohmann. Für eine offene, faire Debatte – gegen Partei- und Fraktionsausschlussverfahren“ ist eine Reihe von rechten Parteimitgliedern an die Öffentlichkeit getreten. „Mit großer Sorge“, so die Unterzeichnenden des „Appells“, der als Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Süddeutschen Zeitung“ geschaltet wurde, verfolge man „die Entwicklung von innerparteilicher Demokratie und Streitkultur in den Unionsparteien.“

Kontaktierbar ist die „Initiative ‘Kritische Solidarität mit Martin Hohmann’“ über die Anschrift und Faxnummer des „Junge Freiheit“-Autors Michael Oelmann, CDU-Mitglied im nordrhein-westfälischen Hilden. Oelmann war zeitweilig bei der JF zuständig für „Werbung, Anzeigen, Öffentlichkeitsarbeit“. Initiator des „Appells“ ist der „Junge Freiheit“-Autor Fritz Schenk, vormals Büroleiter der Planungskommission der DDR, später Redaktionsleiter des „ZDF-Magazins“. Schenks Sohn Pa-

trick, Frankfurter CDU-Stadtverordneter, bekundete in einem Leserbrief ebenfalls Solidarität mit Hohmann.

Zu den Unterzeichnenden gehören neben anderen Herbert Fleissner (CSU, Verlagskomplex Langen Müller Herbig), Fabio Marquardt (CDU), Hans-Peter Murmann (Landesvorsitzender des Bundes der Selbständigen <BdS> – Landesverband NRW), Wolfgang Reschke (Verleger des Fachmagazins „Der Selbständige“, herausgegeben vom BdS-Landesverband NRW und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer), Lienhard Schmidt (CDU, Vorstandsmitglied des Studienzentrums Weikersheim), Christian Vollrath (Mitglied von Junger Union und der Studierendenorganisation RCDS in Göttingen, Stammautor der „Jungen Freiheit“) und der ständige JF-Mitarbeiter Heinrich Lummer (CDU). Lummer ist Ehrenpräsident des rechtsextremen Vereins Die Deutschen Konservativen, die in dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch den Hoffnungsträger der CDU sehen.

„Die Deutschen Konservativen“ bemühen sich gar um Beistand aus dem Jenseits. In der „Jungen Freiheit“ und unter anderem im „Münchner Merkur“ haben sie eine Anzeige geschaltet, in der es heißt: „Christen beten zu Erzbischof Dyba: Gib Martin Hohmann Mut und Kraft – und schütze ihn vor falschen Anschuldigungen“. Der verstorbene Erzbischof solle Hohmann auch „die Fackel (geben), mit der er einem von Verwirrung bedrohten Volk den richtigen Weg weisen kann, auch der CDU/CSU – zur Not sogar gegen sie“.

Dass es weiterhin Rechtsausrutscher von CDU-Mitgliedern gibt, verdeutlichen zwei aktuelle Beispiele: Erst vor wenigen Tagen kam das CDU- und JU-Mitglied Michael Wagemann aus Mülheim, Nordrhein-Westfalen, seinem Rauswurf aus der Partei nur durch den Austritt zuvor. Wagemann, Unterzeichner des JF-„Appells für Pressefreiheit“, hatte zuvor einen Artikel veröffentlicht, in dem es heißt, dass der Holocaust eine „fast schon religiöse Stellung eingenommen“ hat. Diesem „Gottesstatus“ müsse „regelmäßig gehuldigt werden“. Mitte November musste der Wolfsburger CDU-Ratsherr Benno Klett seine Mandate im Stadt- und Ortsrat niederlegen. Klett hatte bei einer Demonstration gegen Daniel Simonpieri, den rechtsextremen Bürgermeister der französischen Wolfsburger Partnerstadt Marignane, den protestierenden IG Metall- und SPD-Mitgliedern „Haut ab, ihr Kanaken!“ zugerufen. *Anton Maegerle*

Grauzone

Christenworte

Ein sich im rechten CDU-Umfeld tummelnder Arbeitskreis verbreitet unerträgliche Geschichtsklitterungen.

Im Arbeitskreis Konservativer Christen (AKC), einem hessischen Ableger des bundesweit gescheiterten Christlich-Konservativen Deutschland-Forum (CKDF), konnten Gleichgesinnte bislang über deutsche Vergangenheit, christliche Werte, die Homo-Ehe und die multikulturelle Gesellschaft diskutieren. Bislang. Denn parallel zur Entscheidung der CDU-Führung, Martin Hohmann aus der Fraktion auszuschließen, stellte der AKC sein Treiben – vorübergehend – ein. Auf der Seite des AKC hieß es dann, dass man die Arbeit einstellen würde, da man „erkennen muss, dass in Deutschland bei bestimmten Themen die Meinungsfreiheit nicht gewährleistet ist.“ Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass man „niemals eine Organisation der CDU war“ (was sich im Programm des Arbeitskreises allerdings anders las und von der CDU bis dato nicht beanstandet wurde).

Geleitet wird der AKC durch den 75-jährigen hessischen Christdemokraten Herbert Gassen, dessen Weltbild laut „Süddeutscher Zeitung“ „eine krude Melange aus Vaterlandsliebe, Sozialistenhass und antisemitischen Versatzstücken“ aufweist. Gassen, der sich im Hinblick auf den „Aufstand der Anständigen“ gerne als „unanständiger Deutscher“ bezeichnet, lässt es in seinen Verlautbarungen gerne deutlich zugehen. NS-Relativierungen und unerträgliche Geschichtsklitterungen finden sich in den im Internet verbreiteten Texten Gassens beziehungsweise des AKC zuhauf. Seien es die „300-400 000 Abtreibungen pro Jahr“, die die „Mordszenerie der Nazis fast verblassen“ lassen würden oder etwa die Frankfurter Schule („ihr Ziel war es, das geistige Zentrum der deutschen Identität zu treffen“), die „die millionenfache(n) Morde in der UdSSR als Stufe einer Entwicklung zu einer sozial befriedeten, gerechten und friedliebenden Gesellschaft“ gerechtfertigt hätten. Dabei sei es doch „kein Geheimnis, dass die Zahl dieser Blutopfer die Verluste an Menschenleben während des letzten Weltkrieges weit übertroffen hatte“.

Auch antisemitische Versatzstücke lassen sich in den Texten des Arbeitskreises ausmachen, mal eher

subtil vorgetragen, mal völlig offen. Im Programm des Arbeitskreises mit dem Titel „Wegweiser aus der Beliebigkeit“ zur Bundestagswahl 2002 – Martin Hohmann schrieb hier ein Grußwort, das mit den Worten „Die CDU/CSU muss siegen!“ endet – heißt es unter anderem: „Deutschland gab den ersten Schuss auf Polen ab, aber wer die historischen Richtschützen waren, liegt noch im Dunkel der Geschichtsschreibung verborgen.“ An anderer Stelle der Homepage wird deutlicher, wer damit gemeint ist: „Die erste Kriegserklärung wurde 1934 von dem jüdischen Weltbund gegen das Deutsche Reich ausgesprochen. Wer auch nur ahnt, welche logenvernetzte Macht hinter diesem Ereignis stand, muss über den weiteren Verlauf der Geschichte gar nicht mehr streng nachdenken“.

An den geleisteten „Wiedergutmachungen“ hat der AKC auszusetzen, dass „keine echte Solidarität zwischen einerseits allen von der Diktatur betroffenen Opfern und andererseits denen des Krieges allgemein erreicht werden“ konnte. „Das ertragene Leid verband nicht zu einer auf die Zukunft gerichteten Schicksalsgemeinschaft.“ Den Holocaust setzt man in einen Zusammenhang mit den alliierten Luftangriffen auf deutsche Städte. „So starb jeder für sich allein“, heißt es als Fazit. Wird im AKC-Programm noch kryptisch erklärt, dass „im Zusammenhang mit der Judenverfolgung“ Gesetze erlassen worden seien, „die eine historische Aufarbeitung wesentlich erschwerten“, so rechnet an anderer Stelle der Homepage ein James Blockus die Opfer des Holocaust auf 2,5 Millionen herunter.

Daniel Kilpert

München – Thomas Fischer (Jg. 1969), der seit 1995 der CSU als Mitglied angehört, soll einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge aus der Partei ausgeschlossen werden. Fischer ist Funktionär des Münchner Vereins „Demokratie Direkt“, der Kontakt mit dem Rechtsterroristen Martin Wiese, dem Anführer der „Kameradschaft Süd“, hatte. Fischer, Mitglied des revanchistischen Witikobundes und zeitweilig Redakteur des „Witikobriefs“ sowie Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik, war einst Leiter der Geschäftsstelle der extrem rechten Deutschen Aufbau-Organisation in München und „Koordinator Süd“ der Deutschland-Bewegung von Alfred Mechttersheimer. Zur Feder griff Fischer in den letzten Jahren unter anderem für die Blätter „Nation&Europa“, „Junge Freiheit“, „Das Ostpreußenblatt“ und „Sleipnir“. A.M.

Zwischenruf**Falsche Patrioten**

In der rechtsextremen Zeitschrift „Nation&Europa“ lamentiert man über die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, die ihren italienischen Kollegen aufgefordert hat, gegen die ökonomische Geschmacklosigkeit eines italienischen Händlers einzuschreiten, der sich für den Vertrieb seiner im Zweifelsfall einfachen Weine unter anderem der Porträts Adolf Hitlers und Heinrich Himmlers sowie nazistischer Parolen bedient. Das tut er zwar schon seit geraumer Zeit, aber zum 1. Januar 2004 wird Europa auch in rechtlicher Hinsicht eine Gemeinschaft, und Taten, die in Deutschland strafbar sind, sind es auch anderwärts.

Etwas Ähnliches hatte sich im fernen Hong Kong, ereignet, wo die Firma Izzue die Präsentation einer neuen Modelinie mit Hakenkreuzen und NS-Fahnen zu weihen suchte. Den Protest gegen diesen Ausrutscher entschuldigte die Managerin mit dem Hinweis, die chinesische Bevölkerung sei gegenüber dem Nationalsozialismus unempfindlich. Erst das Argument, sie schade dem Tourismus, brachte sie dazu, die Werbung zu entfernen.

Was sich hinter der rechten Aufgeregtheit verbirgt, ist wohl die Frage, wann einem Unhold wie Adolf Hitler seine Boshaftigkeit genommen sein wird. Nero, Dschingis Khan, Macchiavelli, Danton sind „nur“ noch Gestalten der Geschichte, aber nicht blutrünstige Ungeheuer. Der Hohmann-Skandal, einschließlich der Proteste gegen seine Abstrafung, entspringen offenbar dem Versuch, den Prozess zu beschleunigen, der dem Verbrecher Hitler sein Stigma nehmen soll. Wenn die CDU-Vorsitzende Angela Merkel in dieser Situation – um den von ihr „Mäkelei“ genannten Unmut der Parteibasis gegen den Rauswurf Martin Hohmanns aus Fraktion und Partei abzufedern – eine „breit angelegte Patriotismusdebatte“ fordert, so ist das der falsche Weg. Was gebraucht wird, ist eine klare Position der Partei zu Entstehung und Untaten des Nationalsozialismus und dessen Folgen (was im Übrigen nicht nur für die Unionsführung gilt). Denn im Zweifelsfall basteln die falschen Patrioten bereits an Neujahrs- und ähnlichen Ansprachen, mit denen sie vermeinen, den „Patrioten“ Linderung verabreichen zu sollen für das von denen als persönliche Kränkung empfundene Fortwirken einer deutschen Geschichte, die nicht vergehen will. *K.H. Rosen*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 46–48/2003:

An den 9. November 1989 als „Tag der deutschen Freiheit“ erinnert JF-Chefredakteur Dieter Stein und lamentiert, wieviel Mut es kostete, für diese Freiheit einzustehen, wo doch „im Namen der ‘Political Correctness’ Meinungen unterdrückt und unbequeme Kritiker buchstäblich ausgeschaltet“ würden. Mit dem „politischen Todesurteil“ gegen den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann sei die Union – „ein Haufen eingeschüchterter politischer Windbeutel“ – wieder der Linken auf den Leim gegangen, beklagt Stein und wirft der CDU Unfähigkeit vor, „den Begriff ‘rechts’ im demokratischen Sinne vor Kriminalisierung in Schutz zu nehmen. Die Union habe ohnehin die Bewährungsprobe nicht bestanden, sondern sich einer „Sprachregelung unterworfen, die das ideologische Gerüst von Lobbygruppen und notorischen Nationalmasochisten bildet“, kritisiert Doris Neujahr. Als Hauptverantwortlichen für das „Desaster“ outet sie den CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber, der sich hier mit den „linken Gesinnungsschnüfflern verbündet“ und als „ein komplexbeladener Winkeladvokat entlarvt“ habe. Wo es um Fragen der deutschen Geschichte gehe, würden Politiker „zum unsichtbaren Befehlsempfang antreten“, die „weit verbreitete ‘Tätervolk’-Propaganda“ dem notwendigen Patriotismus entgegenstehen, mokiert sich Neujahr. Enttäuscht, dass der Protest der Union gegen die Fachtagung des NRW-Verfassungsschutzes über die Neue Rechte erlahmt und beendet sei, zeigt sich Moritz Schwarz. Verständnis hat Schwarz für den Unmut der Waffen-SS-Veteranen, denen von der Gemeinde Marienfels nun auch noch die traditionelle Gedenkfeier am SS-Ehrenmal verboten wurde. Die als NS-Kriegsverbrecher hingerichteten Personen, die auf dem Spöttinger Friedhof (Landsberg/Oberbayern) bestattet sind, seien überwiegend unschuldig „einer amerikanischen Siegerjustiz zum Opfer gefallen“, führt Rechtsanwalt Fritzsche, der sich für den Erhalt des Friedhofs einsetzt, im Interview mit Torsten Thaler aus. Werner Pfeiffer wirft dem Leiter der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen Günter Morsch vor, die NS-Opfer zuungunsten der von den Sowjets Internierten zu bevorzugen und die „sowjetischen Lager zu verniedlichen“. Für den Nazi-Pogrom am 9. November 1938 war letztendlich eine Provokation Polens mitursächlich, lässt Stefan Scheil wissen. (gn)

Hintergrund

Verdiente Behörde

Die Zentrale Stelle Ludwigsburg hat in den zurückliegenden 45 Jahren um die 95 000 Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche NS-Täter eingeleitet.

Als vor 15 Jahren an die Gründung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen am 1. Dezember 1958 erinnert wurde, gab es ein hochrangig besetztes Symposium. Außer deutschen Experten waren 1988 Fachleute aus vielen Staaten nach Ludwigsburg bei Stuttgart gekommen. Vertreten waren unter anderem die USA, Polen, Israel, die Niederlande, Österreich und die CSR. Damals wurde zu Recht gelobt, dass die Zentrale Stelle sich um das Ansehen der Bundesrepublik in Ost und West verdient gemacht hat. Ohne diese zentrale Ermittlungsbehörde wäre es weiter dem Zufall überlassen geblieben, ob mutmaßliche NS-Verbrecher zur Verantwortung gezogen werden oder frei und unbehelligt leben dürfen. Nicht thematisiert wurde damals die Panne, die am Anfang stand und auch bezeichnend war für die frühen Jahre der Bundesrepublik – der schludrige und verantwortungslose, aber durchaus beabsichtigte Umgang mit alten Nazis.

Am 29. August 1958 ging in Ulm ein NS-Prozess zu Ende, der damals in der ganzen Republik Gesprächsstoff war: Das Schwurgericht verurteilte zehn Angehörige eines NS-„Einsatzkommandos“ zu hohen Zuchthausstrafen. Die Männer hatten hinter der Ostfront ungezählte Menschen ermordet. Erst durch dieses Strafverfahren erfuhren Justiz und Öffentlichkeit vom erbarmungslosen Wüten dieser „Einsatzkommandos“, deren einzige Aufgabe darin bestand, in dem Land hinter der Front die „Endlösung“ zu vollstrecken, also alle Juden sowie kommunistische Funktionäre, Roma, Angehörige der Intelligenz zu erschießen. Solche Massenmörder waren bis dahin überhaupt nicht angeklagt worden. Es ging um eine ganz neue Gruppe von Tätern.

Es war freilich nicht die Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) mit Fritz Schäffer (CSU) als Justizminister, die nach den Erkenntnissen des Ulmer Verfahrens neue und vor allem bessere Ermittlungskonzepte in Sachen NS-Verbrechen forderte. Bei Schäffer konnte das niemanden verwundern, hatte er doch vorgeschlagen,

Israel als „Wiedergutmachung“ ein Krankenhaus zu schenken – sonst nichts. Nein, die Initiative kam von den Bundesländern, deren Justizminister am 6. November 1958 während einer Tagung in Bad Harzburg beschlossen, gemeinsam eine zentrale Ermittlungsbehörde einzurichten. Nicht einmal einen Monat später, am 1. Dezember 1958, konnten die Staatsanwälte, Polizisten und Kriminalbeamten mit der Arbeit beginnen.

Leiter wurde Oberstaatsanwalt Erwin Schüle, der sich im Ulmer Prozess einen Namen gemacht hatte. Deshalb war wohl auch niemand auf den Gedanken gekommen zu überprüfen, was Schüle bis 1945 getan hat. Es bedurfte der Nachhilfe aus der DDR, um zu erfahren, dass Schüle Mitglied der SA gewesen war. So musste er seinen Platz in Ludwigsburg für einen neuen, unbelasteten Nachfolger räumen. Während Schüle mit einem höheren Posten im Justizministerium in Stuttgart entschädigt wurde, folgte ihm der junge Staatsanwalt Adalbert Rückerl aus Bielefeld. Der setzte die durchaus erfolgreiche Arbeit Schüles mit Nachdruck fort, deren Ergebnisse bald sichtbar wurden. In vielen Städten der Republik wurden Anfang und Mitte der 60er Jahre NS-Prozesse eröffnet. Adenauers Empfehlung der frühen 50er Jahre im Bundestag, endlich mit der „Naziriecherei“ aufzuhören, verkehrte sich in ihr Gegenteil. In Hannover, Berlin, Dortmund, Heilbronn, Koblenz, Freiburg, Karlsruhe, Bonn, Braunschweig, Köln, Tübingen, Bielefeld, Lüneburg, Stuttgart, Bochum, Hagen, Wuppertal und vielen anderen Städten begannen oder endeten nun NS-Verfahren. Nie zuvor und nicht nach den 60er und 70er Jahren wurden hierzulande so viele mutmaßliche NS-Täter angeklagt.

Um die 95 000 Ermittlungsverfahren haben die Ludwigsburger Beamten in den zurückliegenden 45 Jahren eingeleitet. Dass trotz dieser gewaltigen Anstrengungen nur rund 6500 rechtskräftige Urteile übrig geblieben sind, sollte nicht Ludwigsburg angelastet werden. Die Bundesländer haben die Zentralstelle technisch nie so ausgestattet, wie es in modernen Behörden selbstverständlich war. Die Bundesregierung hat den Mitarbeitern bis 1964 verboten, Archive in Osteuropa zu benutzen. Dort würden, hieß es, Dokumente gefälscht. Tatsächlich hatte Bonn Angst vor Akten über Leute, die es in der BRD wieder zu etwas gebracht hatten. Heute gehört die Ludwigsburger Zentrale zum Bundesarchiv. Die Akten bleiben aber im angestammten Gebäude in Ludwigsburg und stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung. *Heiner Lichtenstein*

Bücherschau**Der Massenmörder****Ein williger Vollstrecker des Naziterrors.**

Das Foto mit dem kleinen Jungen aus dem Warschauer Ghetto, der voller Angst seine Arme in die Höhe hebt, ist zweifellos eines der bekanntesten aus der braunen Vergangenheit Deutschlands. Es entstand im Mai 1943. Im Hintergrund ist ein mitleidlos schauender SS-Mann mit einem Maschinengewehr im Anschlag zu sehen. Und um eben diesen SS-Mann geht es in dem Buch „Der SS-Mann. Josef Blösche – Leben und Sterben eines Mörders“, verfasst von dem Fernsehdokumentationen-Macher Heribert Schwan und der Diplom-Psychologin Helgard Heindrichs. Diese Kombination aus einem bekannten Verfasser mit einem journalistisch-schriftstellerischen Hintergrund und einer Familien- und Organisationsberaterin mit historischem Interesse ist der Dreh- und Angelpunkt des Werkes. Denn es erhebt den Anspruch, die Lebensgeschichte des Massenmörders und SS-Mannes Josef Blösche zu erzählen, aber auch über das Wieso und Warum dieser Biographie – wissenschaftlich unterfüttert – nachzudenken.

Josef Blösche kommt 1912 in Friedland zur Welt, einer kleinen Stadt im Sudetenland. Seine Eltern besitzen neben einem landwirtschaftlichen Betrieb und einer Ziegelei mit zwei Angestellten eine Gaststätte, in der sich viele politisch rechts stehende Menschen treffen. Von denen ist Josef Blösche tief beeindruckt. Er engagiert sich unter anderem in der stramm rechten Deutschen Nationalen Jugend und im Bund der Deutschen Landjugend, einer Jugendorganisation des Bundes der Landwirte; für den betätigt sich auch Blösche senior. Die Deutsche Nationale Jugend ist die Nachwuchsschmiede der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP), der NSDAP-Schwesterpartei in der CSR. Später wird Blösche aufgrund seines Einsatzes für die Deutsche Nationale Jugend sogar mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Hitler-Jugend ausgezeichnet. Als Mitglied der Sudetendeutschen Partei stößt er nach dem Einzug deutscher Truppen im Oktober 1938 quasi automatisch zur NSDAP.

In dem Buch „Der SS-Mann“ wird Josef Blösche als ungemein pflichtbewusst beschrieben: „Er tut, was von ihm verlangt und erwartet wird. Er ist lieber still und unauffällig, aber er ist mit dabei.“ Als

sein großes Vorbild nimmt sich Josef Blösche seinen Bruder Gustav, einen überzeugten NSDAP-Aktivist und Hilfspolizeibeamten bei der Gestapo. Josef Blösche folgt dem Ruf der SS, wird ebenfalls Polizist und zwar zunächst bei der Grenzpolizei. Bald darauf erfolgt seine Zuordnung zu der SS-Einsatzgruppe B, die in der damaligen UdSSR wütet. Deren erster Kommandeur ist der Polizei-Generalleutnant und SS-Brigadeführer Artur Nebe. Von Juni bis September 1941 gehört Blösche dieser Mörder-Truppe an. Von September 1941 bis Mai 1943 beschäftigt ihn die Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Warschau unter der Leitung des SS-Standartenführers Ludwig Hahn. Von ihm erhält Blösche später das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern.

■ „Er war der Schlimmste von allen“ ■

Im Sommer 1942 wird Blösche in die Außenstelle Warschauer Ghetto versetzt, geleitet von dem SS-Untersturmführer Karl-Georg Brandt. Welche furchtbaren Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt im Warschauer Ghetto herrschen, geht aus Aussagen von Augenzeugen hervor, die in „Der SS-Mann“ zu finden sind. So erinnert sich Stanislaw Zawistowski: „Es sah gespenstisch aus. Denn auf den Straßen lagen Leichen, Leichen von Menschen, die den Hungertod gestorben sind.“ Und Bronislaw Geremek, der ehemalige polnische Außenminister, blickt zurück: „Der wichtigste Bestandteil des Lebens im Ghetto war einfach Angst, die Angst vor dem Deutschen. Egal, welche Uniform er anhatte.“ Besonders viel Angst verbreitet Josef Blösche, der seine Macht über Leben und Tod aus vollen Zügen zu genießen scheint. Der Zeitzeuge Sol Liber berichtet: „Ich bin ziemlich viel herumgekommen, in Majdanek, in Treblinka. Er aber war der Schlimmste von allen.“ Fest steht laut Helgard Heindrichs und Heribert Schwan: „Josef Blösche hat eigenhändig so viele und so brutale Morde begangen wie nur wenige andere gehorsame Vollstrecker des Naziterrors.“

Eine der Aufgaben von Josef Blösche ist es, Familien in ihren Verstecken aufzuspüren, die sich vor dem Vernichtungslager Treblinka in Sicherheit bringen wollten. Hier entwickelt er allerlei böartige Tricks, die bei seinen Vorgesetzten positiv auffielen. Ein Grund dafür, dass Blösche mehrfach zum persönlichen Schutz von Jürgen Stroop abkommandiert wird und mit ihm Kontrollrunden im

Ghetto unternimmt. SS-und Polizeigeneral Stroop hat den Befehl von Reichsführer-SS Heinrich Himmler, den Aufstand im Warschauer Ghetto niederzuschlagen und das Ghetto aufzulösen. Und er führt diesen Befehl ab April 1943 „erfolgreich“ und gnadenlos aus. Bis zum Ende des Warschauer Ghettos tut Josef Blösche seinen grausamen Dienst. Sein letzter Rang ist der eines SS-Unterscharführers. Nach dem Zusammenbruch des Naziregimes taucht Blösche in der DDR unter, ohne jedoch seinen Namen zu ändern. Er arbeitet als Bergmann und gilt als treu sorgender Familienvater.

Im Januar 1967 wird Josef Blösche schließlich verhaftet. Am 30. April 1969 verurteilt ihn das Bezirksgericht in Erfurt wegen der Beteiligung an der Deportation von mehr als 300 000 Menschen und wegen Mordes in mindestens 2000 Fällen zum Tode. Das Urteil wird am 29. Juli 1969 durch Genickschuss vollstreckt.

Die Persönlichkeit Josef Blösches spielt in dem Gerichtsverfahren naturgemäß nur eine untergeordnete Rolle. Doch in dem Buch „Der SS-Mann“ werden einige Wissenschaftler bemüht, um das Wesen Blösches zu ergründen. So kommt Rosemarie Gossemärker, Vorsitzende des Fachverbandes Deutsche Graphologen, in einer Schriftdanalyse zu dem Ergebnis, dass es sich bei Josef Blösche um einen einfach strukturierten Mann mit einem sehr niedrigen Persönlichkeitsniveau handeln müsse. Und der Psychiater Michael Osterheider, Direktor des Westfälischen Zentrums für Forensische Psychiatrie in Lippstadt, formuliert in seiner Persönlichkeitsanalyse: „Josef Blösche war von seiner Natur, von seiner persönlichen Ausgangssituation her, ein eher emotionsarmer Mensch: wenig Gefühle, wenig Gemüt, fast gemütlos. Menschen, die so emotionsarm sind, sind das nicht nur anderen gegenüber, sondern auch sich selbst gegenüber.“ Ähnlich äußert sich auch Thomas Müller, Kriminalpsychologe im österreichischen Innenministerium.

Die Frage nach dem konkreten Auslöser für die Mordgier und das Mordvergnügen von Josef Blösche bleibt im Dunkeln. Das Buch wirft allerdings ein erschreckendes Schlaglicht auf die Tatsache, wie leicht anscheinend der Weg zu einem kaltblütigen Mörder von vielen tausend Menschen sein kann.

Thomas Klaus

Heribert Schwan/Helgard Heindrichs, Der SS-Mann. Josef Blösche – Leben und Sterben eines Mörders, München 2003, Droemer-Verlag, 320 Seiten, circa 30 s/w Abbildungen, 19,90 Euro.

Aktivitäten

Im Fokus der Justiz

Ermittlungen gegen Aktivisten der „Kameradschaft Aachener Land“.

Das Landgericht Aachen hat in zweiter Instanz die wegen Bedrohung eines politischen Gegners gegen Marc K. aus dem Umfeld der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) verhängte Geldstrafe von 750 Euro bestätigt. Vom Vorwurf, eine Antrax-Attrappe an die jüdische Gemeinde Aachen geschickt zu haben, wurde der 29-Jährige freigesprochen. Die Tat sei zwar nicht erwiesen, ein „schwer wiegender Tatverdacht“ bestehe dennoch. Derweil ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die beiden in Düren lebenden KAL-Anführer Rene L. und Karsten B. wegen Falschaussage.

Im April 2003 (BnR 9/03) hatte das Amtsgericht Aachen den in Würselen lebenden K. wegen Bedrohung eines Antifaschisten zu einer Geldstrafe verurteilt. Er und andere Neonazis waren im Juli 2002 am Rande eines Vortrags des Neonaziaussteigers Jörg Fischer mit dem Mann aus Eschweiler in Streit geraten. K. hatte mit der Hand eine imaginäre Pistole geformt und sie symbolisch auf diesen abgefeuert. Er behauptete, er habe nur wild gestikuliert. L. und B. hatten in erster Instanz ausgesagt, es habe keine Pistolengeste gegeben, jedoch habe der Mann K.s. Mutter als „Nazihure“ beleidigt. Wegen dieser Angaben laufen nun gegen sie Ermittlungen. Beide verweigerten in zweiter Instanz die Aussage. L. war im Zeugenstand in Bomberjacke erschienen, trug am Rande des Verfahrens ein T-Shirt der braunen Terrorgruppe „Combat 18“.

Beim zweiten Vorwurf folgte das Landgericht dem Urteil des Amtsgerichts. Fraglich sei, ob K. im Oktober 2001 während der Welle von Antrax-Attrappen eine solche abgeschickt habe. Im Prozess hatte der 29-Jährige erneut einen Szene-Aussteiger belastet, den mit Vanillepulver gefüllten Brief abgeschickt zu haben. Dass der K.s Fingerabdruck trug, begründete dieser damit, dass er dem damaligen NPD- und KAL-Mann zuvor Briefumschläge geschenkt habe. Der Aussteiger nannte das unter Eid „völliger Blödsinn“, man wolle ihm aus Rache etwas anhängen. Vertreten wurde K. vom Berliner Anwalt Karsten Rausch, Pressesprecher des völkisch-nationalen Dachverbands Deutsche Burschenschaft.

Michael Klarmann

Meldungen

Inland

■ **Aachen** – Ein laut Behörden psychisch kranker Mann hat am Morgen des 19. November einen Polizeibeamten der Staatsschutzabteilung mit einem Messerstich lebensgefährlich verletzt. Hintergrund war eine Hausdurchsuchung, bei der zwei Polizisten nach einer CD mit „rechtradikalem Gedankengut“ suchten. Diese wurde laut Staatsanwaltschaft Aachen gefunden, mehr wollte sie wegen laufender Ermittlungen nicht mitteilen. Verdächtig wird der anhand seines Fingerabdrucks identifizierte 31-Jährige, rechte CDs in die Briefkästen seiner Nachbarschaft verteilt zu haben. Solche CDs seien auch in einem nahen Supermarkt ausgelegt worden, berichtete der WDR. Ermittlerkreise betonten, der Mann sei geistig verwirrt und gehöre nicht der rechten Szene an. Unklar ist, ob er etwas mit Hakenkreuz-Schmierereien zu tun hat, die in den Jahren 2001/2002 in seinem Ortsteil aufgetaucht waren.

■ **Berlin** – Am ersten Tag im zweiten „Landser“-Prozess vor dem Berliner Landgericht hat ein Zeuge den angeklagten Neonazi Jean-René Bauer (36) belastet. Nach zwei Treffen mit B. habe er eine frühere Aussage bei der Polizei zurückgezogen, sagte der offenkundig nervöse Zeuge nach längerem Herumdrucksen. Die Staatsanwaltschaft hält B. vor, er habe den Zeugen im Juni 2001 bedroht, geschlagen und genötigt. Außerdem soll B. die von Generalbundesanwalt Kay Nehm als kriminelle Vereinigung eingestufte rechtsextreme Rockband „Landser“ auch mit anderen Aktivitäten unterstützt haben.

■ **Berlin** – Marcel Forstmeier aus Lübbenau ist Betreiber der im Aufbau befindlichen Homepage „www.jugend-wacht.de“. Deren Aufmachung und Ausrichtung erinnert stark an ehemalige Propagandaschriften der 1994 verbotenen Neonazi-Truppe Wiking-Jugend. Zur Schulungsarbeit ist ein Artikel von Jan Gallasch veröffentlicht. Gallasch startete seine politische Karriere bei der Nationalistischen Front und gehört heute dem JN-Bundesvorstand als Leiter des „Amtes für Kultur“ an. Als Kontaktanschrift von www.jugend-wacht.de dient eine Postfachadresse des Deutschen Jugend Verlags in Berlin. Herausgeber des Organs „Jugend – wacht“ ist die Deutsche Jugend, die Nachwuchsorganisation der ins rechtsextreme Spektrum abgedrifteten Deut-

schen Partei unter Heiner Kappel, ehemals FDP-Landtagsabgeordneter in Hessen.

■ **Düren** – Nach Protesten von Antifa, PDS und Grünenpolitikern verbot Landrat Wolfgang Speltzhahn (CDU) einen für den Volkstrauertag geplanten Neonaziaufmarsch auf dem Soldatenfriedhof Vossenack (Hürtgenwald). Dort wollte die rechtsextreme „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) erneut ihr „Heldengedenken“ abhalten. Vergangenes Jahr hatten sich dort rund 50 Rechtsextreme versammelt und dabei auch die Fahne des in Deutschland verbotenen „Blood&Honour“-Netzwerks geschwenkt. Die KAL hatte in diesem Jahr bei der Kreisverwaltung beantragt, zeitgleich zu der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf dem Friedhof organisierten Feierstunde einen Kranz niederzulegen.

■ **Düsseldorf** – Jürgen Krüger, Ratsherr der Republikaner in Düsseldorf, sorgte mit einer Erklärung im Stadtparlament für einen Eklat. Nachdem Krüger (Ex-NPD-Mitglied) ein Plädoyer abgab, in dem er appellierte, dass endlich Schluss sein müsse mit der ewigen Kollektivschuld der Deutschen, betonte er: „Wenn das so weitergeht, haben wir irgendwann mehr Mahn- und Gedenkstätten als ermordete Juden. Davon werden die auch nicht mehr lebendig.“ Der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, sieht in dem Vorgang „deutliche Parallelen“ zur Rede von Martin Hohmann. „Die Hohmann-Saat“, so Spiegel, „geht jetzt wohl auch in Düsseldorf auf. Die Hemmschwelle ist schon fast völlig weggespült.“

■ **Ingolstadt** – Unter dem Motto „Republik der Strolche – Gegen Filz, Korruption und Unterdrückung Andersdenkender“ findet am 29. November in Ingolstadt (Oberbayern) eine Gemeinschaftsdemonstration der NPD, Jungen Nationaldemokraten und der Kameradschaft Ingolstadt statt. Neben den NPD-Funktionären Ralf Ollert, Stefan Göbecke-Teichert und Sascha Roßmüller ist der freie Nationalist Hermann Kastner als Referent angekündigt.

■ **Krefeld** – Ex-Neonazi Stefan Michael Bar wird wieder von seiner rechten Vergangenheit eingeholt. Kurz nachdem der eitle Selbstdarsteller im Mai 2001 im ZDF-Magazin „Frontal“ seinen Ausstieg angekündigt hatte, stieg er ins Rauschgiftgeschäft ein. Im Zug von Venlo nach Köln wurde er allerdings schon bald mit über eineinhalb Kilo Drogen erwischt. Zum Dealer-Urteil des Landgerichts Kre-

feld von zweieinhalb Jahren gibt es nun wohl noch einen Nachschlag: Die Staatsanwaltschaft Frankenthal will jetzt eine Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung widerrufen lassen. Bar, der sich kurzzeitig auch als Buchautor versucht hat, müsste dann 15 weitere Monate absitzen. Gleichzeitig ermittelt die Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern gegen Bar, weil er zwei Bundesgrenzschutzbeamte mit einer Waffe bedroht hatte.

■ **München** – Fast auf den Tag genau nach fünf Jahren will Bernd Rabehl, ehemaliger APO-Anführer und Berliner Politik-Dozent, erneut bei der schlagenden Münchner Burschenschaft Danubia auftreten. Thema des „burschenschaftlichen Abends“ am 3. Dezember ist die „Politisch-historische Moral als Herrschaftsinstrument“. 1998 hatte Rabehl mit seinem Vortrag, in dem er über die „Überfremdung“ und die verschwindende nationale Identität in Deutschland fabulierte, für großen Wirbel gesorgt. Zu Gast war damals auch Horst Mahler. Am 21. Januar erwartet die Danubia den Österreicher Walter Marinovic, Referent bei der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik und beim aufgelösten Nazi-Verein Dichterstein Offenhausen sowie Interviewpartner der „Deutschen Stimme“. Am 22. Februar debattiert schließlich der Danube und Ex-JNler Bernd Kallina, „Deutschlandfunk“-Redakteur, mit Heinz Magenheimer, revisionistischer Universitätsdozent im Dienst des österreichischen Bundesministeriums für Verteidigung. Ihr Thema: „Geschichte und Geschichtspolitik – über freie Wissenschaft und ihre Feinde“.

■ **Münster** – Die stellvertretende Bundesvorsitzende und nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Republikaner Uschi Winkelsett ist Spitzenkandidatin der Partei zu den Europawahlen im kommenden Jahr. Auf Platz 2 der Liste folgt ihr der Bundesvorsitzende Rolf Schlierer. Als weitere Kandidaten bestimmten die rund 250 Delegierten auf dem Europaparteitag der REP am 15. November in Münster den Chemnitzer Martin Kohlmann, den hessischen Landesvorsitzenden und Bundesvize Haymo Hoch und auf Platz 5 den Bundesvorstandler Björn Clemens.

■ **Schwerin** – Hans-Günter Eisenecker, NPD-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern und ehemaliger Bundesvize der Partei, ist im Alter von 53 Jahren in Schwerin verstorben. In einem Nachruf der NPD vom 7. November wird Eisenecker, der gemeinsam mit Horst Mahler die NPD im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

in Karlsruhe vertrat, als „politisch motivierter Ausnahmejurist“ gewürdigt.

■ **Villingen-Schwenningen** – Die weitgehend inaktive Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) hat auf ihrer Mitgliederversammlung den geschäftsführenden Bundesvorsitzenden Jürgen Schüttinger, DLVH-Mitbegründer und Stadtrat in Villingen-Schwenningen, bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Gundolf Leuschel und Marianne Stolpmann gewählt. Als Gastredner traten der frühere NPD-Kommunalpolitiker Klaus Hoffmann, der auch für das rechtsextreme „Freundschafts- und Hilfswerks Ost e.V.“ aktiv war, der ehemalige REP-Landesvorsitzende von Berlin, Prof. Klaus Weinschenk, und der „Nation&Europa“-Mitherausgeber Harald Neubauer auf. Eine Grußbotschaft steuerte der REP-Landeschef von Niedersachsen, Karl-Ingo Welke, bei. Ihren Kameraden empfahl die DLVH, bei der Europawahl im nächsten Jahr für die Deutsche Partei (DP) zu votieren. Die habe, so hieß es beim Infotelefon des Bündnis Rechts allerdings, über eine Wahlteilnahme noch gar nicht entschieden und führe noch Gespräche mit der Freiheitlichen Initiative Deutschland und der NPD.

■ **Vlotho** – Die „Elite“ der Holocaust-Leugner versammelt sich in einer neuen Organisation, die auf den sperrigen Namen „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ (VRBHV) hört. Im nordrhein-westfälischen Vlotho fand am 9. November die Gründungsversammlung statt. Als Vorsitzender wurde der Schweizer Bernhard Schaub gewählt. Seine Stellvertreterin ist Ursula Haverbeck-Wetzel, Witwe von Werner Georg Haverbeck und Leiterin des Collegium Humanum. Der Verein hat die Wiederaufnahme von Strafprozessen zum Ziel, „die zur Verurteilung wegen Leugnung bzw. Verharmlosung des Holocausts gemäß § 130 StGB Abs. 3 und 4 StGB geführt haben“, wie es in einer von Horst Mahler verbreiteten Pressemitteilung heißt. An der Gründung hätten unter anderem Ernst Zündel und seine Frau Ingrid Zündel-Rimland, Robert Fausrisson, Germar Rudolf, Jürgen Graf, Gerd Honsik, Wilhelm Stäglich, Fredrick Toben, Andres Studer, Hans-Dietrich Sander, Manfred Röder, Frank Renniecke, Hans Schmidt und Anneliese Remer mitgewirkt, so Mahler.

Ausland

■ **Schweden (Stockholm)** – In rechtsextremen Kreisen wird seit Wochen massiv für die Teilnahme an einem Gedenkmarsch am 6. Dezember in

Stockholm aufgerufen. Gedacht wird des Todestages des Neonazis Daniel Wretström, der im Dezember 2000 bei einer Schlägerei im Stockholmer Vorort Salem getötet wurde. Nach Stockholm macht sich in diesem Jahr unter anderem eine Busgemeinschaftsfahrt des Landesverbandes Baden-Württemberg der Jungen Nationaldemokraten auf. Ansprechpartner ist der JN-Funktionär Alexander Neidlein, einst Söldner einer rechtsextremen Terrorgruppe in Südafrika. Nachdem sich immer weniger Rechtsextremisten an internationalen Szene-Treffs wie im belgischen Diksmuide (August) und in der spanischen Hauptstadt Madrid (November) versammeln, erlangt der Gedenkmarsch in Schweden zunehmende Bedeutung.

■ **Schweiz (Liestal)** – Sacha Kunz, Mitbegründer und ehemaliger Präsident der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) wurde vom Strafgericht Baselland wegen mehrerer tätlicher Angriffe zu 16 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Kunz, der im Frühjahr 2003 überraschend als PNOS-Parteipräsident zurücktreten ist, muss sich wegen insgesamt sechs tätlicher Angriffe in den Jahren 1999 bis 2002 verantworten. In der Urteilsbegründung erklärt die Gerichtspräsidentin, Kunz habe „extrem ungebremst, extrem rücksichtslos“ Gewalt angewendet. Und es sei erschreckend, dass in den letzten Jahren parallel zur Politisierung von Sacha Kunz auch seine Anwendung von Gewalt zugenommen habe. Während der Gerichtsverhandlung wurde auch bekannt, dass Jonas Gysin, Mitbegründer und aktueller PNOS-Präsident, unlängst wegen eines zusammen mit Kunz verübten tätlichen Angriffes zu 30 Tagen Gefängnis bedingt verurteilt worden ist.

■ **USA (Hayden, Idaho)** – Drei Mitglieder der rechtsextremen Aryan Nations (AN) haben bei den Bürgermeister- und Stadtverordnetenwahlen im nördlichen Idaho kandidiert, um so eine Plattform für ihre rassistische Propaganda zu erhalten. Bei der Wahl zum Bürgermeister von Hayden (9000 Einwohner) erhielt der ehemalige Anführer der AN, der 85-jährige Richard Butler, 50 Stimmen. Die beiden anderen AN-Kandidaten Karl Gharst und Zachary L. Beck kamen auf 42 beziehungsweise 69 Stimmen. Beck, der mit Butler zusammen lebt, stand im Vorfeld der Wahlen wegen eines rassistischen Übergriffes vor Gericht.

■ **USA (Terre Haute, Indiana)** – Ein Feuer hat in der Nacht zum 18. November das von einer Shoa-Überlebenden gegründete Holocaust-Museum in

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
 Heft 24/2003 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

Terre Haute, Indiana zerstört. Die Polizei geht von Brandstiftung aus, da anscheinend Brandverstärker mit einem Backstein in die Glastür im Haupteingang des „Candle“-Museums geworfen worden war. Auf die Hauswand war außerdem „Remember Timmy McVeigh“ geschmiert. Gegen McVeigh, der Attentäter von Oklahoma City, war im Bundesgefängnis von Terre Haute im Jahre 2001 die Todesstrafe vollstreckt worden. „Candles“ steht für „Children of Auschwitz Nazi Deadly Experiments Survivors“ und wurde 1995 von der Auschwitz-Überlebenden Eva Kor gegründet, die mit ihrer eineiigen Zwillingschwester dort den grausamen Experimenten des Josef Mengele ausgesetzt war.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109

Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement

Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto

Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.